

Tätigkeitsbericht

Mehrarbeit, Mehrarbeit, Mehrarbeit – das ist in den letzten Monaten sowohl für die KollegInnen an den Schulen als auch für den Personalrat das zentrale Thema gewesen. Insbesondere die neuen Gesetze und Verordnungen, aber auch die schulstrukturellen Veränderungen und Personalkürzungen haben dies bewirkt.

Initiativantrag: PR geht vor das Verwaltungsgericht

Auf der letzten Personalversammlung wurde der Personalrat beauftragt, einen Initiativantrag zum Ausgleich der Mehrbelastung der Lehrkräfte zu stellen. In der Antragsbegründung hat der Personalrat konkret die vielen zusätzlichen Anforderungen der Bildungsbehörde an die Lehrkräfte besonders im letzten Jahr aufgelistet.

Der Bildungsminister hat die Mehrbelastungen in Gesprächen mit dem PR zwar anerkannt, aber einen Belastungsausgleich als nicht finanzierbar abgelehnt. Seine Behörde hat den Initiativantrag sogar als „unzulässig“ und „unbegründet“ abgelehnt, weil dies nicht der Mitbestimmung unterliege – obwohl der PR die Einwendungen der Behörde wiederholt als falsch und unrechtmäßig widerlegt und zurückgewiesen hat. Gegen diese obrigkeitstaatliche Blockadepolitik und Verweigerung der Mitbestimmungsrechte haben wir jetzt gerichtliche Schritte eingeleitet.

Vertretungsunterricht - Mehrarbeit verhindert

Im neuen Orientierungsrahmen „Unterrichtsversorgung“ für das Schuljahr 2006/07 ist (neben vielen anderen) die Krankenreserve komplett gestrichen worden.

Vertretung soll nur noch über Leiharbeitskräfte organisiert werden – und natürlich insbesondere von den Lehrkräften an den Schulen über Mehrarbeit. Der Personalrat konnte jedoch durchsetzen, dass die Lehrkräfte nicht zu zwei unbezahlten zusätzlichen Vertretungsstunden pro Woche über die Unterrichtsverpflichtung hinaus angewiesen werden können. Die Behörde musste akzeptieren, dass die Lehrkräfte zwar (wie bisher auch) bis zu zwei zusätzliche Vertretungsstunden pro Woche übernehmen müssen, jedoch ab der

vierten Stunde im Monat **alle** Vertretungsstunden vergütet werden müssen.

Bei angestellten Teilzeitkräften ist die Mehrarbeit sogar sofort ab der ersten Vertretungsstunde zu bezahlen. Zu regelmäßigen planbaren Vertretungen auf Grund längerfristigen Ausfalls können Lehrkräfte nicht verpflichtet werden, hier sind Vertretungskräfte aus dem Vertretungssatz (Stadtteilschule u.a.) zu finanzieren.

Rahmenplanung zur Innovations- und Qualitätsentwicklung

Der Senator für Bildung hat den Schulleitungen und dem Personalrat einen umfangreichen „Zwischenbericht“ zum Projekt für Innovations- und Qualitätsentwicklung im Bremer Schulwesen (PIQUE) den Schulleitungen und dem Personalrat vorgelegt.

Der Rahmenplan zählt u.a. Maßnahmen zu Schulstruktur, Lehrerarbeit, Prüfungsveränderungen auf, die bereits durch Gesetze und Verordnungen durchgeführt wurden oder werden sollen. Die Planungen bis 2012 dienen in erster Linie dazu, Kennziffern für eine Kosten-Leistungsrechnung zu erhalten und den Schulen Personalhoheit und Budget zu übertragen. Die Folgen werden Lehrerarbeit zukünftig massiv verändern und beeinträchtigen.

Der Personalrat hat sich eingehend mit dem „PIQUE-Papier“ beschäftigt und eine kritische Stellungnahme vorgelegt. Unsere Kritik basiert auf den im Papier enthaltenen Widersprüchlichkeiten zwischen Zielvorstellungen und faktischen Umsetzungen in Schulstruktur und Qualitätsmanagement. Veränderungen sollen durch Hierarchisierung von Schule und reduzierte Mitsprache erfolgen. Aspekte zur Gesundheit am Arbeitsplatz und zur Personalpflege sowie zu verfügbaren Ressourcen fehlen. Wenn diese Planungen ohne zusätzliche Ressourcen an Personal

und Sachmitteln durchgeführt werden, wird auf Kosten der Beschäftigten ein Sparprogramm umgesetzt.

Insbesondere kritisieren wir, dass der Rahmenplan nur den Schulleitungen vorgelegt und mit ihnen diskutiert wurde.

Wir fordern die Veröffentlichung der Planungen in den Schulen und die Möglichkeit zur Mitsprache der Beschäftigten.

LehrerInnenausbildungsgesetz und LehrerInnenausbildungsverordnung

Rückwirkend zum 1.11.2005 tritt das im Mai verabschiedete Lehrerausbildungsgesetz in Kraft. Das Gesetz hebt die Stufenlehrausbildung auf und führt die alten Lehrämter des frühen 20. Jahrhunderts wieder ein: Für den A12- „Volkschullehrer“ (Grundschule und Sekundarschule/Gesamtschule) beträgt die Studiendauer 8 Semester, für den A13-„Studienrat“ (Gesamtschule/Gymnasium) 10 Semester. Das Referendariat wird auf 18 Monate verkürzt. Der Personalrat Schulen konnte allerdings erreichen, dass die Verkürzung erst ab 2008 eintritt.

Die Lehrerausbildungsverordnung tritt ebenfalls rückwirkend zum 1.11. 2005 in Kraft:

- Kürzung der Seminarveranstaltungen auf 7 Wochenstunden
- Erhöhung des bedarfsdeckenden Unterrichts von 8 auf 10 Stunden
- Verlagerung von teuren Fachleiter-Aufgaben an die Schulen.

In Umgehung eines ordentlichen Mitbestimmungsverfahrens wurde die Anzahl der von den MentorInnen zu leistenden Hospitationen direkt in der Lehrerausbildungsverordnung auf 10-14 festgeschrieben, während die Anzahl der Hospitationen durch die FachleiterInnen auf je 8-12 gesenkt wurden.

Ein Erfolg des Personalrats war es, die ursprünglich geplanten 12 Zeitstunden pro Woche, die die ReferendarInnen an der Schule ableisten sollten, auf 12 Unterrichtswochenstunden zu reduzieren.

AusbildungskoordinatorInnen und MentorInnen sollen künftig für die Ausbildung an den Schulen sorgen. Dabei ist für die MentorInnen über die Hospitationen hinaus ein umfangreicher Aufgaben- und Verantwortungskatalog vorgesehen. Schon jetzt steht fest, dass daher die Anzahl der von den Schulen gemeldeten MentorInnen bei weitem nicht dem Bedarf entspricht. Aber immerhin konnte der Personalrat eine Entlastung von knapp einer Stunde pro Referendar für die Mentoren durchsetzen.

Das Konzept für die Qualifizierung der AusbildungsleiterInnen und MentorInnen befindet sich zurzeit im Mitbestimmungsverfahren. Der Personalrat setzt sich weiterhin dafür ein, dass die Teilnahme an den Qualifizierungsmaßnahmen freiwillig bleibt.

Personalausschüsse

An über 40 Schulen wurden in diesem Schuljahr Personalausschüsse gewählt.

Die Umsetzung der neuen Gesetze und Verordnungen sowie die ständigen Personalkürzungen führen häufig zu Konflikten. Dabei zeigt sich immer wieder, wie wichtig es ist, Probleme frühzeitig zu bearbeiten und vor Ort Lösungen zu finden. Hier kommt dem Personalausschuss eine wichtige Funktion für die Artikulierung und Wahrnehmung kollegialer Interessen zu.

Über Wahl, Aufgaben und Arbeitsweisen der Personalausschüsse hat der Personalrat in Infos und in mehreren Kollegiumsversammlungen informiert. Die Personalausschüsse werden in ihrer Arbeit vom Personalrat beraten und unterstützt.

Schuldatenschutzgesetz

In dem Entwurf eines neuen Schuldatenschutzgesetzes wird der Datenschutz für Schüler- und Elterndaten erheblich verändert.

Sowohl der Umfang der gespeicherten Daten im Netz, die Dauer der Speicherungen als auch die Weitergabemöglichkeiten an Dritte und Verwendungsmöglichkeiten der Daten sollen massiv erhöht und gelockert werden.

Der Personalrat hat seine Bedenken eingebracht und eine erneute rechtliche und datenschutzrechtliche Überprüfung des Gesetzesentwurfes eingefordert.

Auch die damit verbundene Mehrarbeit für die Eingabe der Daten ohne Entlastung wird von uns kritisiert.

Kollegiumsberatungen

In den vergangenen Monaten hat der Personalrat in vielen Schulen auf Wunsch Kollegiumsberatungen durchgeführt. Gerade im Bereich Präsenzzeit- und Fortbildungsverordnungen gab es an vielen Schulen massive Irritationen und auch Konflikte.

Aber auch andere Bereiche der neuen Schulgesetze, unter anderem die Gründungen von Personalausschüssen, waren Themen für eine Beratung und Unterstützung durch den Personalrat.

Handlungshilfe für den Umgang mit Beschwerden über Lehrkräfte

In diesem Jahr ist es gelungen, eine Broschüre zum Umgang mit Schüler- und Elternbeschwerden fertig zu stellen. Eine Arbeitsgruppe unter Federführung des LIS hat die Handlungshilfe erarbeitet. Der Personalrat hat initiativ am Zustandekommen der AG und des Ergebnisses mitgewirkt:

Konflikte sollen dort gelöst werden, wo sie entstanden sind – also nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg. Es geht um einen konstruktiven Umgang mit Beschwerden. Häufige Eltern- und Schülerbeschwerden sind immer auch eine Art Frühwarnsystem und machen darauf aufmerksam, wo es Probleme gibt.

Die Broschüre wird nach Fertigstellung an die Schulen gehen und in den Gesamtkonferenzen vorgestellt werden.

In einem zweiten Schritt soll diese Handlungshilfe in den Schulen verbindlich installiert werden.

Einstellungen Lehrkräfte

Zum 1. Februar und 1. Mai wurden 83 KollegInnen in einem Umfang von 71,5 Vollzeitstellen eingestellt. Damit verringert sich der Bestand an Lehrerstellen auf 4405. Auf die Folgen dieses Stellenabbaus hat der Personalrat wiederholt hingewiesen. Dafür wurde die Krankenreserve verringert, Stunden für LehrerInnen an Ganztags Gesamtschulen erhöht, Klassenfrequenzen erhöht, Stellen bei der ABS und Erwachsenenschule abgebaut u.a.m.. Diese Verschlechterungen der Arbeits- und Lernbedingungen in der Schule gehen einher mit immer neuen Aufgaben und Belastungen für die Beschäftigten!

Und der Stellenabbau soll weiter gehen! Zum neuen Schuljahr sollen KollegInnen in einem Umfang von 110 Vollzeitstellen eingestellt werden. Um allerdings alle ausscheidenden KollegInnen zu ersetzen, wären Einstellungen im Umfang von 185 Stellen notwendig – real werden 75 Lehrerstellen gestrichen!

Ein-Euro-Jobs an Bremer Schulen

Leider gibt es immer wieder Versuche, einige Beschäftigungsgelegenheiten gänzlich am PR und an der Behörde vorbei direkt an den Schulen zu installieren. Durch die Aufmerksamkeit von KollegInnen vor Ort konnten diese Verfahren bislang gestoppt werden.

In dem Zusammenhang bittet der PR Schulen alle Kolleginnen und Kollegen darauf zu achten, dass „1-Euro Beschäftigte“ nicht zu unterrichtlichen und pädagogischen Tätigkeiten herangezogen werden. In unklaren Situationen sollte sofort der PR Schulen informiert werden.

Pädagogische MitarbeiterInnen

Die Pädagogischen MitarbeiterInnen/Betreuerkräfte wurden auf Initiative des PR durch die neuen Gesetze stärker in den Schullaftag integriert. Den Ausgleich der geleisteten Mehrarbeit verweigert die Behörde aber bisher, trotz eines einstimmigen Beschlusses der Personalversammlung und der Forderungen des Personalrats. Hier unterstützt der PR eine gerichtliche Durchsetzung der berechtigten Forderungen.

RaumpflegerInnen

Es sind noch ca. 350 Raumpflegerinnen in den Schulen beschäftigt.

Im Arbeiterbereich gilt seit dem 01. Oktober 2005 der Tarifvertrag Öffentlicher Dienst. Über 60 % der Schulen werden von Privatfirmen gereinigt. Der Wunsch der Kolleginnen in den Eigenbetrieb GTM übernommen zu werden, konnte bis heute nicht realisiert werden.

LehrmeisterInnen

Nach zähen Verhandlungen mit der Bildungsbehörde konnte der PR Schulen die Nichtanrechnung der PEP-Quote bei den LehrmeisterInnen durchsetzen. Zusätzlich konnten wir erreichen, dass der Personalbestand für 2 Jahre gewährleistet bleibt.

Dadurch konnten 5 KollegInnen zum Schuljahresbeginn eingestellt werden. Außerdem sind bis zum 31.07.2007 ca. 15 LehrmeisterInnen über die Stadtteilschule Bremen in den bremischen beruflichen Schulen beschäftigt.

Gesprächsvereinbarungen zu Verhandlungen über die zukünftige Einstellungspraxis haben noch nicht stattgefunden.

Verwaltungsangestellte an Schulen

Auf Wunsch der Bildungsbehörde hat der PR Schulen Gespräche über den Abschluss einer Dienstvereinbarung zur Arbeitszeit geführt. Hintergrund für das Ansinnen der Behörde sind mehrere Dienstgespräche mit Kolleginnen und die Umsetzung der PEP-Quote für den Verwaltungsbereich sowie die Einführung einer Vertretungsreserve von ca. 40 Arbeitsstunden. Der PR Schulen hat einen Entwurf erarbeitet und diesen der Behörde zugeleitet.

Kurz vor Abschluss der Vereinbarung hat die Behörde die Verhandlungen platzen lassen.

Verbesserungen für Teilzeitkräfte

Auf Grund der Forderungen des Personalrats wird der Teilzeiterlass überarbeitet, um das Recht der Teilzeitkräfte auf nur anteilige Belastung in außerunterrichtlichen Bereichen besser

realisieren zu können. In einzelnen Bereichen (z.B. Präsenzzeit, Fortbildung) gibt es bereits Musterregelungen, über die der PR (bei Bedarf auch in Gesamtkonferenzen) informiert.

Altersteilzeit und Altersermäßigung

Die Altersermäßigung in Altersteilzeit wird von der Behörde für Beamte (noch) nicht gewährt – es ist noch ein Klageverfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht offen. Den Angestellten steht sie allerdings zu (Urteil vom März 2006 des BAG (AZ: 9AZR 220/05)) – also falls der/die Angestellte einen ablehnenden Bescheid bekommen hat: Neu beantragen mit Bezug auf das Urteil.

„Eigenständige“ Schule

Die Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur (mbH) konnte verhindert werden, jedoch ist damit das Ziel nicht aufgegeben, durch die Zuweisung eines „Globalbudgets“ die Festlegung der konkreten Sparmaßnahmen in die Schule zu verlagern. Die Folgen werden unterschiedlichste prekäre Arbeitsverhältnisse an allen Schulen sein.

Der Prozess der Verselbständigung der Beruflichen Schulen im Land Bremen zur „Eigenständigen Schule“ über die Weiterentwicklung von ReBiz schreitet schnell voran. Demokratische Rechte der schulischen Gremien werden weiter abgebaut, und durch hierarchische Entscheidungsstrukturen ersetzt.

Für die Weiterentwicklung einer „ReBiz-Verordnung“ und den Transfer des Qualitätssystems „Q2E“ in alle Berufsschulen (ReBiz-II-Schulen) hat der PR Schulen die Mitbestimmung eingefordert.

Die Beruflichen Schulen stehen vor dem Abschluss von Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit dem Senator, die ihnen auf Grund der verschiedensten Einsparungsvorgaben mehr oder weniger aufgezwungen werden. Dass die Schulleitungen nun versuchen werden, diese Vereinbarungen zu erfüllen, indem sie Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit den Kolleginnen und Kollegen abschließen, ist vorhersehbar. Eine dafür notwendige Dienstvereinbarung liegt allerdings noch nicht vor.

Das fünfte Prüfungselement als obligatorischer Bestandteil des Abiturs

Das 5. Prüfungselement (Erstellung einer schriftlichen Hausarbeit und anschließender Verteidigung in einem Kolloquium) wird zum Abitur 2007 verbindlich eingeführt. Voraussetzungen für eine erfolgreiche Prüfung sind aber

eine intensive Beratung und Betreuung durch die jeweiligen FachlehrerInnen. Der PR hat den Senator darauf hingewiesen, dass die gewünschte Qualität des 5. Prüfungselementes nur gewährleistet werden kann, wenn gleichzeitig eine entsprechend ausreichende Entlastung der Lehrkräfte erfolgt. Der PR Schulen fordert eine angemessene Entlastung für alle an dieser Prüfung beteiligten Lehrkräfte.

Rauchverbot an Schulen

Trotz aller Einwände des PR hat der Senat und die Bürgerschaft ein Gesetz beschlossen, dass das Rauchen in und um Kindergärten, Krankenhäusern und Schulen verbietet. Nun kommt auf die Schulen ab 01.08.06 ein Verfahren mit Bußgeldregelungen und hohem Bürokratieaufwand zu. Der PR hatte eine Regelung vorgeschlagen, die es den Schulen ermöglicht hätte, Verfahren zu entwickeln, die genau auf die jeweiligen schulischen Bedingungen (Schüleralter, Umgebung, Prävention, etc) abgestimmt sind..

Gesundheit 2005/2006

Der PR Schulen hat viele Kolleginnen und Kollegen beraten, die nach einer langen Krankheit ihre Arbeit schrittweise wieder aufnehmen wollen oder wegen Dienstunfähigkeit vorzeitig in den Ruhestand treten müssen. Auf Initiative des PR Schulen existiert in der Behörde eine „Präventions-AG“, in der sich der PR Schulen um Hilfen für besonders belastete Kolleginnen und Kollegen kümmert. Die nötige Unterstützung der KollegInnen stößt leider häufig auf finanzielle Grenzen.

Der PR Schulen fordert deshalb weiterhin die Erarbeitung eines umfassenden Gesundheits- und Rehabilitationskonzeptes, das gleichermaßen die Bereiche Prävention, Rehabilitation und Ersatzarbeitsplätze umfasst.

Der Personalrat Schulen setzt sich nach wie vor dafür ein, dass eine Gefährdungsanalyse, die auch die psychischen Belastungen der Lehrerinnen und Lehrer erhebt, an allen Bremer Schulen durchgeführt wird und die nach dem Arbeitsschutzgesetz notwendigen Schritte vollzogen werden.

In Gesprächen mit dem Senator konnte der Personalrat erreichen, dass zumindest für den Problembereich der schlechten Akustik Mittel zur Verfügung gestellt werden. Allerdings sind diese Mittel bisher nur auf den Personenkreis der Schwerbehinderten beschränkt.

Personalrat Schulen, Emil-Waldmann-Str. 3,
28195 Bremen tel: 361 6044 fax : 361 16291